

2 Teilnahme am Projekt «CompiSternli»
Schüler der Kleinschule Planken bieten Senioren iPad-Schulungen an.

11 Mit «Viva la musica» das OLW unterstützen
Losverkauf zugunsten des Orchesters Liechtenstein Werdenberg gestartet.

19 Erste Abfahrt in Lake Louise
Kein optimaler Auftakt
Tina Weirather platziert sich auf Position 14



Volksblatt



Samstag, 3. Dezember 2016
139. Jahrgang Nr. 277

Die Tageszeitung für Liechtenstein

Heute

Adventsmärkte
Start ins zweite Adventswochenende



In Liechtenstein finden auch am zweiten Adventswochenende wieder eine Vielzahl von Märkten und Anlässen statt, die zum Punschtrinken und Plauschen einladen. So zum Beispiel der Adventsmarkt in Ruggell und den Nikolausmarkt in Schaan.

Inland Liechtenstein hat am Freitag den Vorsitz der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) vom Kanton Zürich übernommen. **Seite 5**

Sport Der FC Vaduz steht vor der schwierigen Aufgabe, den 5:1-Erfolg vom letzten Sonntag gegen Lugano zu bestätigen: Der heutige Gegner ist der viertplatzierte FC Luzern. **Seite 21**

Kultur Weil die Vorbereitungen für die zweite Ausstellung der Hilti Art Foundation auf Hochtouren laufen, ist die erste schon fast Geschichte. Im Interview blickt Kurator Uwe Wieczorek zurück und erklärt, wann und wo es die Kunst am besten hat. **Seiten 26/27**

Zitat des Tages



«Offene Türen im ersten Arbeitsmarkt sind schwer zu finden.»

RAINER KINDLE
ARBEITUNGSLEITER DER INVALIDENVER-
SICHERUNG, ANLÄSSLICH DES INTER-
NATIONALEN TAGS DER MENSCHEN MIT
BEHINDERUNG. **SEITE 9**

Wetter Zu Beginn teilweise Hochnebel, sonst überwiegend sonnig. **Seite 29**



Inhalt
Inland 2-14 Kultur 25-27
Ausland 16 Kino/Wetter 29
Wirtschaft 17-18 TV 30+31
Sport 19-24 Panorama 32

Fr. 2.50 www.volksblatt.li

Verband Südostschweiz



9 771812 601006

Zukunft.li: Eine Öffnung bei der Zuwanderung ist nicht zielführend

Denkfabrik Die Stiftung Zukunft.li spricht sich für eine Beibehaltung der Personenfreizügigkeit aus. Zugleich empfiehlt sie - mit Blick auf die Inländer - eine Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf das BNE pro Kopf statt des BIP.

VON HANNES MATT

Es gibt sie in Liechtenstein: Vereinzelte Stimmen, die eine Ausweitung der Personenfreizügigkeit fordern. Gleichzeitig herrscht jedoch grosse Ungewissheit, was dann passieren würde. Weil es im Land zudem wirtschaftlich harzt, hat sich die Denkfabrik Stiftung Zukunft.li genauer mit

dem Thema befasst. Gestern wurden die Resultate veröffentlicht. Seit einigen Jahren sieht sich Liechtenstein mit einer stark nachlassenden Wirtschaftsdynamik konfrontiert - zu Recht könne man von einer Wachstumsschwäche sprechen, so die Führung der Denkfabrik. Trotz abnehmender Produktivität arbeiten jedoch immer mehr Pendler im Land. Aufgrund dieser im internationalen Vergleich aussergewöhnlich hohen Pendlerströme fiel das Bruttoinlandsprodukt (BIP) jeweils wesentlich höher aus als das Bruttonationaleinkommen (BNE), das sich momentan auf dem Stand von 2000 eingependelt. Doch gerade Zweitgenanntes ist für den Lebensstandard eines Landes und die Einkommen der Einwohner entscheidend, die Grenzgänger sind dort nämlich nicht

eingerechnet. Hier sei die wirtschaftliche Entwicklung schlechter, als die BIP-Entwicklung vermuten lässt, so die Stiftung Zukunft.li. Deshalb empfiehlt sie, sich künftig in der Wirtschaftspolitik am BNE pro Kopf zu orientieren.

Die Grenzgänger würden kommen

Da stellt sich die Frage: Warum lässt man Liechtensteins Pendler nicht einfach ins Land? Auch das hat die Stiftung Zukunft.li genauer analysiert. Eine in dieser Form völlig neue Umfrage bei Grenzgängern ergab, dass sich rund 45 Prozent einen Umzug vorstellen können. Die Gründe sind hauptsächlich steuerlicher Natur und mit der Nähe zum Arbeitsplatz begründet. Hochgerechnet mit dem Familiennachzug könnte dies eine Bevölkerungszunahme

von bis zu 30 000 Personen bedeuten. Doch wird es uns dann besser gehen? Die Denkfabrik hat die volkswirtschaftlichen Auswirkungen bis ins Jahr 2035 mit verschiedenen Varianten analysieren lassen: Zwar würden die BIPs und BNEs je nach Szenario explodieren; gerade aber in der Pro-Kopf-Rechnung verändert sich nichts oder es käme gar zu einer gehörigen Abnahme, zum Basiszenario ohne Öffnung. Das widerspricht der vorgeschlagenen wirtschaftspolitischen Zielsetzung - deshalb schlägt die Stiftung vor, besser auf die Ausschöpfung des inländischen Arbeitsmarktes zu setzen. Und natürlich sollte auch die Produktivität wieder gesteigert werden. Dies durch attraktive Rahmenbedingungen und mehr Investitionsbereitschaft. **Seite 3**



Landtag Sag beim Abschied leise Servus

Zum letzten Mal sassen die zehn FBP-, acht VU-, vier DU- und drei FL-Abgeordneten gestern zusammen im Landtagsrund. Am 5. Februar wird in Liechtenstein ein neues Parlament gewählt. Beim Apéro liessen die Abgeordneten die Legislatur ausklingen. Danach geht der Wahlkampf richtig los, sowohl Albert Frick (FBP, links) als auch Viola Lanter-Koller (VU) bewerben sich um das Landtagspräsidium. (Foto: Michael Zanghellini)

Seite 7

Ausfall im Festnetz Telecom schliesst Hackerangriff aus

VADUZ Die Telecom Liechtenstein AG schliesst aus, dass ein Hackerangriff Ursache für den Festnetzausfall am Donnerstagmittag war. Das gab VR-Präsident Markus Willi am Freitagnachmittag bekannt. Die Ursache für die Beeinträchtigungen im Festnetz sei jedoch noch nicht ganz geklärt, die Taskforce der Telecom Liechtenstein arbeite aber mit Hochdruck daran. «Die Fehlersuche konzentriert sich mittlerweile auf zwei Fehlerbilder, die sich wahrscheinlich gegenseitig auslösen. Zu einhundert Prozent sind wir aber noch nicht sicher. Ein Hackerangriff von aussen können wir aber definitiv ausschliessen», sagte Willi gegenüber dem «Volksblatt». Intensiv werde vor allem geprüft, warum die automatische Umschaltung auf die redundanten Systeme des Unternehmens nicht funktionierte. Am Don-

nerstagmittag war es zu massiven Störungen des Festnetz-Sprachverkehrs gekommen. Die Telefonleitungen waren landesweit während rund zweier Stunden lahmgelegt, 18 000 Kunden waren betroffen. Nach den Ausfällen im September und November war dies die dritte Störung der Telefonie innerhalb weniger Monate. Mit Schadensersatzforderungen sieht sich das Unternehmen derzeit aber noch nicht konfrontiert. «Kein Telekommunikationsunternehmen kann eine hundertprozentige Verfügbarkeit garantieren, das haben wir auch vertraglich mit unseren Kunden geregelt», gibt Markus Willi Auskunft. Die vergangenen Ausfälle seien immer noch im Rahmen der vertraglichen Bedingungen gelegen. Zudem sei Willi zuversichtlich, dass solche Ausfälle in Zukunft nicht mehr vorkommen werden. (sb)

E-Vignette in der Schweiz

Bundesrat gegen Kurzzeit-Variante

BERN Der Schweizer Bundesrat möchte die heutige Klebe-Vignette durch eine E-Vignette ersetzen. Der Preis soll weiterhin 40 Franken pro Jahr betragen. Vignetten mit einer kürzeren Gültigkeitsdauer als ein Jahr lehnt der ab. Das schreibt der Bundesrat in einem am Freitag veröffentlichten Bericht, den er im Auftrag des Nationalrats verfasst hat. Den Vorteil der E-Vignette sieht die Regierung in erster Linie in der Flexibilität beim Tarif und bei der zeitlichen Stückelung. Gerade daran will sie wegen der erwarteten Mindereinnahmen aber nichts ändern. Eine Kurzzeitaufgabe zu 20 Franken beispielsweise würde zu Einnahmeausfällen von 90 Millionen Franken führen. Die Alternative wäre, die Jahresabgabe 16 Franken teurer zu machen, was der Bundesrat aber ablehnt. (sda)

Paukensschlag

Weltmeister Rosberg gibt Rücktritt bekannt

WIEN Paukenschlag in der Formel 1: Weltmeister Nico Rosberg tritt überraschend zurück. Dies verkündete der 31-jährige Deutsche in Wien, nur fünf Tage nach dem Gewinn des WM-Titels. **Seite 23**

ANZEIGE

Kommentar

Zum «Verzwiefela»



DORIS QUADERER

Besinnlich war sie nicht, die erste Adventswoche des Wirtschaftsministers Thomas Zwiefelhofer: Zuerst wird bekannt, dass im Amt für Volkswirtschaft eine Mitarbeiterin knapp 2 Millionen Franken veruntreut haben soll. Kopschütteln in der Bevölkerung. Wie konnte das so lange nicht auffallen? Der zuständige Minister versuchte zu beruhigen und betonte, dass bereits 2013 verbesserte Kontrollen eingeführt worden seien. «Die Aufdeckung der Betrugsfälle im Zuge von internen Kontrollen sowie der positive Prüfbericht der Revisionsstelle für 2015 zeigen, dass die neuen Mechanismen und personellen Veränderungen grundsätzlich greifen», hiess es in einer Stellungnahme vom Ministerium. Eine Frage blieb dabei offen: Warum gibt die Staatsanwaltschaft den Betrugszeitraum mit 2005 bis 2016 an? Wenn die Massnahmen nicht nur grundsätzlich, sondern wirklich gegriffen hätten, hätte man der Frau das Handwerk nicht bereits 2013 legen können?

Zwei Tage nach Publikwerden dieses Falles, musste Thomas Zwiefelhofer auch bei der Debatte über die Post-PUK den Kopf hinhalten. Auch hier stellte sich die Frage, hätte er früher und genauer hinschauen müssen? Er habe zu wenig Handlungsspielraum gehabt, argumentierte er hier.

Innovation mit Festnetzstörungen?

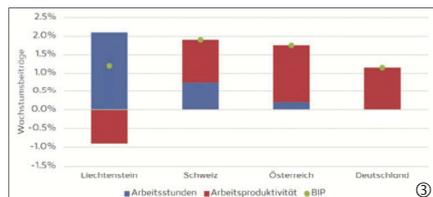
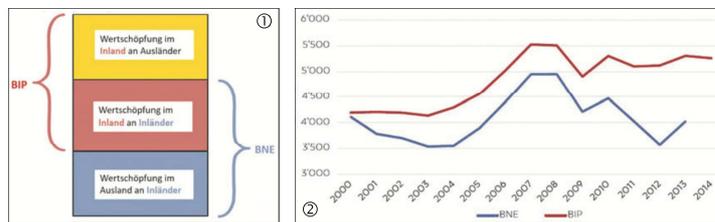
Zwölf Stunden nach dem Schlusswort zur PUK erreichte ihn (wohl per E-Mail) die nächste schlechte Nachricht: Das gesamte Festnetz in Liechtenstein war ausgefallen - zum dritten Mal innerhalb von drei Monaten. Das wirft kein gutes Licht auf die noch immer mit früheren Reputationsschäden kämpfende hiesige Telecom. Da wollen wir innovativ sein und Start-ups ansiedeln, kriegen aber nicht mal die Festnetztelefonie auf die Reihe?

Nun, zum Glück ist bald Nikolaus, da gibt es nach diesen vielen sauren Äpfeln vielleicht ein paar süsse «Schokolädle». Die sollen ja gut sein für die Nerven. Schliesslich war die erste Adventswoche tatsächlich zum «Verzwiefela».

dquaderer@volksblatt.li

Sonderfall Liechtenstein: Statt BIP lieber das BNE im Auge behalten

Knacknuss Laut der Stiftung Zukunft.li wäre ein wirtschaftspolitisches Umdenken angebracht. Die Denkfabrik konnte zudem wissenschaftlich begründen: Eine Öffnung bei der Zuwanderung ist nicht im Sinne der Liechtensteiner Bevölkerung.



- ① BIP und BNE sind gerade für Liechtenstein wichtig: Legt man den Blick aufs Inland oder die Inländer?
- ② Grosser Unterschied: Die Entwicklung von BIP- und BNE-Entwicklung in Liechtenstein seit 2000.
- ③ Nicht wirklich wünschenswert: Arbeitsproduktivität und Arbeitsstunden im Zeitraum 2000 bis 2013.

(Grafiken: Stiftung Zukunft.li)



Von links: Geschäftsführer Thomas Lorenz und Präsident Peter Eisenhut der Stiftung Zukunft.li. (Foto: Vollmar)

VON HANNES MATT

Man hört es immer wieder gern: Liechtenstein war in der Vergangenheit das Paradebeispiel eines wirtschaftlichen Wachstumswunders. «Die Chancen des Kleinststaats wurden hervorragend genutzt», wie der Präsident der Stiftung Zukunft.li, Peter Eisenhut, gestern erklärte. «Liechtenstein befindet sich zwar noch in einer Spitzenposition, in den vergangenen Jahren setzte jedoch eine Wachstumsschwäche ein.» Interessant dabei: Während die Produktivität seit der Jahrhundertwende um knapp 1 Prozent sank, legte die Beschäftigtenzahl um über 2 Prozent zu. «Dies ist keinesfalls wünschenswert: In Liechtenstein wuchs die Volkswirtschaft also nicht aufgrund der Effizienz, sondern wegen der gesteigerten Arbeitsstunden - davon machen Zupendler 85 Prozent des Wachstums aus», so Eisenhut und brachte das Bruttonationaleinkommen (BNE) ins Spiel. «In keinem Land ist der Unterschied zwischen BIP und BNE so gross wie in Liechtenstein», verdeutlicht Eisenhut. «Aus Sicht der Bevölkerung ist die wirtschaftliche Entwicklung schlechter als das BIP vermuten lässt.» Einen besseren Einblick gibt das BNE. Dort werden die Grenzgänger nicht dazugezählt. «Unsere Schlussfolgerung ist: Die Wirtschaftspolitik sollte den Fokus statt auf das BIP auf den BNE setzen. Zweitgenanntes muss wachsen», führte Peter Eisenhut aus. Noch ent-

scheidender für Inländer sei dabei das BNE pro Kopf gerechnet.

Personenfreizügigkeitszenarien

Eine Lösung ist augenscheinlich schnell zur Hand: Man holt einfach alle Pendler ins Land. Deren Bereitschaft ist durchaus da, wie eine neue Umfrage zeigte brachte (siehe links). Bis zu 30 000 könnten kommen. Aber was würde dann passieren - wäre dies dem BNE pro Kopf zuträglich? Das wollte die Stiftung Zukunft.li herausfinden. «Aufgrund geführter Expertengespräche gibt es zwischen der momentanen Sondersituation und einer vollen Öffnung keinen Spiel-

raum - eine diesbezüglich «sanfte Lösung» ist also unrealistisch», erklärte Geschäftsführer Thomas Lorenz. Neben einem Basisszenario ohne Öffnung wurden deshalb nur zwei Varianten geprüft: Einerseits, dass aufgrund der hohen Boden- und Mietpreise nur die gut Verdienenden und als Zweites - nachdem gedanklich kräftig gebaut wurde - alle kommen könnten. Logischerweise steigt so bis 2035 aufgrund des höheren Konsums beiderseits die Beschäftigung und auch BIP und BNE explodieren je nach Fall - ein anderes Bild zeigt der so wichtige Pro-Kopf-Vergleich und noch schlimmer: Insbesondere wenn

alle kämen, würde dieser gegenüber dem Basisszenario stark sinken. Eine Erklärung: Die Löhne der Pendler liegen tiefer als die der Inländer. Negativ fällt dann auch der hohe Bodenverbrauch ins Gewicht. Das Landschaftsbild würde sich verändern. «Der Preis einer ungehinderten Zuwanderung ist hoch: Eiben nicht nur ökologisch und ökonomisch, sondern auch gesellschaftspolitisch», fasst Thomas Lorenz zusammen. «Deshalb muss die heutige Zuwanderungs-Sonderlösung beibehalten werden.»

Arbeitspotenzial ausschöpfen

Gemeinsam mit der vorher genannten wirtschaftspolitischen Ausrichtung auf das BNE pro Kopf gab die Stiftung auch gleich Empfehlungen mit. Etwa dass das inländische Arbeitskräftepotenzial besser ausgeschöpft wird. «Gerade was die Frauen anbelangt, haben wir im Vergleich mit dem Ausland eine deutlich tiefere Arbeitsbeteiligung - Stichwort: Vereinbarkeit von Familie und Beruf», so Thomas Lorenz. «Was die Steigerung der Produktivität anbelangt, muss der Fokus unter anderem auf den Erhalt und Ausbau von guten Rahmenbedingungen liegen.» Auf eine mögliche Reglementierung der Grenzgänger oder einen Liechtensteiner Inländervorrang angesprochen, nimmt Lorenz klar Abstand. Solche regulatorischen Eingriffe in den Arbeitsmarkt kämen nicht infrage.

Die Publikation samt Studien/Umfragen ist unter www.stiftungzukunft.li erhältlich

NEUE GRENZGÄNGERBEFRAGUNG

Knapp die Hälfte der Pendler möchte hier wohnen

Das Liechtenstein-Institut hat im Auftrag von Zukunft.li bei Grenzgängern grosser Firmen nachgefragt, ob sie nach Liechtenstein ziehen würden. Über 2500 gaben Auskunft. Das Resultat: **Rund 45 Prozent können sich eine Wohnsitznahme in Liechtenstein vorstellen.** Hochgerechnet auf alle Grenzgänger sind dies rund 8000 Personen. Zählt man noch den Familiennachzug hinzu, könnte man mit bis zu 30 000 **Menschen rechnen.** Die Hauptmotive für einen Umzug ins Fürstentum: **Tiefere Steuern und Abgaben** - gerade bei Vorarlberger ist dieser Punkt ausgeprägt - aber auch die **Nähe zum Arbeitsplatz** wurde häufiger genannt. Die in der Schweiz wohnhaften Pendler weisen ei-

ne leicht stärkere Tendenz, den Wohnsitz nach Liechtenstein zu verlegen, als diejenigen aus Vorarlberg. Tatsächlich wünschen sich dies aber nur 34 % der ennet des Rheins wohnhaften Grenzgänger mit Schweizer Pass, während dieser Anteil bei dort wohnhafte Österreicher (65 %), Deutschen (66 %) und anderen Europäern (77 %) viel höher ist. Das Fazit der Stiftung: Die Ergebnisse zeigen, dass der **Zuwanderungsdruck** grösser ist, als es die Anträge für Aufenthaltsgenehmigungen erwarten liesse. Angesichts des starren Immobilienmarktes mag es fraglich sein, ob sich in kurzer Frist mehrere Tausend Grenzgänger in Liechtenstein niederlassen würden - oder überhaupt könnten.

ANZEIGE



Zum Portrait



Andrea Häring
Triesen

FBP

Viel erreicht. Viel vor.